Koalitionsvertrag vom 05.11.2009 zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages

Kapitel „Wirtschaft, Energie“: Die energiepolitischen Aussagen

Energiepolitik ist eine zentrale Säule zukunftsfähiger Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik. Das Land Brandenburg ist Vorreiter beim Einsatz Erneuerbarer Energien. In der Perspektive gilt es, neben der Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung, den Anteil Erneuerbarer Energien weiter auszubauen. Um diese Zielsetzung zu verwirklichen, wird die Landesregierung Regelungen zum Vorrang und Ausbau Erneuerbarer Energien schaffen und die Energiestrategie 2020 des Landes diesbezüglich unter Einbeziehung landesweiter Netzwerke und Institutionen systematisch weiter entwickeln.

Wir werden Brandenburg zu einem international bedeutenden Standort für die Erforschung, Produktion, Anwendung sowie den Export zukunftsfähiger Energietechnologien entwickeln. Wir werden den Spitzenplatz Brandenburgs bei den Erneuerbaren Energien ausbauen.

Die Erneuerbaren Energien (EE) sind noch stärker für die Versorgung mit Strom und Wärme und die Sicherung der notwendigen Mobilität zu nutzen. Hierzu ist die Entwicklung neuer Technologien erforderlich, die zu klimafreundlicheren und effizienteren Verfahren und Prozessen führen. Das dient zugleich dem Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Erdwärme gemäß der Energiestrategie 2020 zu einer tragenden Säule des Energiemix in Brandenburg ausgebaut werden. Bis 2020 sollen die Erneuerbaren Energien einen Anteil von 20 Prozent am Primärenergieverbrauch haben. Notwendig dafür sind der Aufbau einer stabilen Systemstruktur aus zentralen und dezentralen Erzeugungs- und Versorgungsanlagen sowie ein Darstellung geeigneter Flächen unabhängig von der Eigentumssituation seitens der Landesregierung. Dazu wird ein öffentlich zugängliches Landeskataster über die Potenziale Erneuerbarer Energien nach den einzelnen Energiearten erstellt und fortgeschrieben. Dies schließt das Potenzial von Speicherkapazitäten ein.

Beim Ausbau der Windenergie haben leistungsstärkere Rotoren an vorhandenen Standorten Vorrang vor neuen Anlagen. Neue Windkraftanlagen sollen einen Mindestabstand von 1.000 Metern zum nächsten Ort haben. Neue Standorte für regenerative Energien sollen vorrangig auch im Nutzwald (für Windkraft) und auf ehemaligen Militärflächen (für Sonnenenergie) erschlossen werden.

Die Koalition erwartet von der Energiewirtschaft, die Stromnetze umweltverträglich auszubauen, damit die Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien problemlos erfolgen kann. Die Verknüpfung regenerativer Energieerzeuger zu „virtuellen Kraftwerken“ unterstützen wir. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Aufbau einer innovativen Wasserstofftechnologie.

Braunkohle-Nutzung in Deutschland ist solange erforderlich, bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus Erneuerbaren Energien decken kann. Die Koalition hält an der Verstromung des wichtigen einheimischen Energieträgers Braunkohle als Brückentechnologie fest. Als Beitrag zum Klimaschutz wird sich die Landesregierung für die schrittweise Umstellung auf CO_2-arme Kraftwerke einsetzen. Die Koalition strebt an, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass neue Braunkohlekraftwerke ab 2020 nur bei drastischer Reduktion des CO_2-Ausstosses genehmigt werden. Neue Kraftwerke soll es in Brandenburg nur geben, wenn damit die in der Energiestrategie 2020 festgelegten CO_2-Reduktionsziele von 40 Prozent bis 2020 und weiteren 35 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 erreicht werden können. Hierzu soll der Umwandlungs-Sektor den größten Beitrag leisten. Dazu sollen mit den Betreibern neuer oder zu modernisierender Kraftwerke öffentlich-rechtliche Verträge abgeschlossen werden, um so einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2020 des Landes zu leisten.

Eine wichtige Option ist die CCS-Technologie. Die Koalition wird sich für eine Erprobung und Demonstration dieser Technologie in Brandenburg einsetzen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Die Speicherung von CO_2 muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Ein umfassender Informationsanspruch der Bevölkerung vor und während der Maßnahmen muss abgesichert werden. Die Koalition wird die Forschung auf diesem Gebiet weiter unterstützen, damit die noch offenen Fragen zur Anwendung der CO_2-Speicherung beantwortet werden können. Die Koalition ist sich darin einig, dass der Prozess der Einführung neuer Technologien durch eine verstärkte Moderation der öffentlichen Hand begleitet werden muss, um die sich daraus ergebenden regionalen, sozialen und ökologischen Konflikte minimieren zu können.

Die Landesregierung wird sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die notwendige Rohstoffsicherungsklausel des Bundesberggesetzes durch soziale und ökologische Kriterien ergänzt wird.

Die erforderlichen CO_2-Speicher und Leitungsinfrastrukturen sind planungsrechtlich zu sichern. Hinsichtlich der Eignung bestimmter Gesteinsformationen für die Speicherung von Erdgas, CO_2, für die tiefe Geothermie oder andere Nutzungen sollen die unterschiedlichen Nutzungsansprüche koordiniert werden. Eine langfristige Strategie für das CO_2-Management sollte auf den drei Säulen Vermeidung, Speicherung und Verwertung beruhen. Auch die Grundlagenforschung für die stoffliche Verwertung soll ausgebaut werden.

Die Landesregierung wird den energetischen und stofflichen Einsatz von Biomasse nach der Kaskade „Ernährungssicherheit, stoffliche Nutzung, Restbiomasse für Biogaserzeugung" konsequent weiter ausbauen. Damit werden auch die Bemühungen der Landwirtschaft zur Produktion nachwachsender Rohstoffe als zusätzlicher Einnahmequelle weiter unterstützt. Dabei müssen besonders regionale Kreisläufe vom Anbau der Biomasse bis zu deren Nutzung gestärkt werden. Das gilt insbesondere für Biogasanlagen landwirtschaftlicher Betriebe. Neben einer verstärkten Nutzung von Gülle und Abfall sind hier die Kraft-Wärme-Kopplung und die Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz von besonderer Bedeutung. Auch die Forschung und Technologieentwicklung auf diesem Gebiet wollen wir deutlich verstärken.

Die Koalition wird auf Bundesebene am Atomausstieg festhalten.

Die Landesregierung wird nach Vorliegen der Evaluierungsergebnisse der energierelevanten Institutionen und Netzwerke (Auftrag aus der Energiestrategie 2020) entscheiden, ob die Beratungs- und Informationsangebote für Bürger, Kommunen und Unternehmen zu Energiethemen gebündelt und ausgebaut werden sollen.

Die energetische Analyse der Bestandsimmobilien des Landes soll bis 2010 abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage soll eine Prioritätenliste zur schrittweisen energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden bis 2020 erstellt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Neubauten von Landesgebäuden in Anlehnung an den Passivhausstandard errichtet werden.

Wir wollen für Landesgebäude über neue Instrumente Anreize für Energie- und Betriebskosteneinsparungen schaffen. Die Landesregierung spricht sich für die Beschaffung energieeffizienter Produkte aus und wird dies durch Handbücher, Leitfäden und Weiterbildungen befördern. Die Koalition wird mögliche bundespolitische Initiativen für abgestimmte klima-freundliche Beschaffungsstandards unterstützen.

Die Vergabe von Landesmitteln bei Zuwendungs- und Fördermaßnahmen soll an den Nachweis der Energieeffizienz gekoppelt werden, wenn die Investitionen bauliche Maßnahmen oder technische Anlagen zum Betrieb von Gebäuden beinhalten.

Wir werden die bestehende Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien attraktiver gestalten. Insbesondere sollen Projekte von kleinen und mittleren Unternehmen und Kommunen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum Einsatz Erneuerbarer Energien gefördert und verstärkt Kooperationen von Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Energie-Effizienz unterstützt werden. Ein Förderatlas wird über Möglichkeiten von Energieeinsparungen, Förderprogramme und Beispielvorhaben mit ausführlichen Kostenangaben informieren.

Wir unterstützen die innovative „Energieregion Lausitz-Spreewald“ bei ihren Bemühungen, Energieakteure zu vernetzen und die Region zu einem europäischen Energiekompetenzzentrum zu entwickeln.

Einen Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungspolitik werden wir auf innovative Umwelt- und Energietechniken legen. Besonders unterstützt und ausgebaut werden sollen dabei z. B. die Forschung bezüglich CO_2-armer Kohlekraftwerke, Fotovoltaik, Biomasse und Geothermie sowie die Weiterentwicklung von Techniken zur Energiespeicherung. Dazu gehören auch ein intelligentes Netzmanagement und die Entwicklung sog. Virtueller Kraftwerke.

Die Koalition unterstützt die Gründung eines Instituts für Geoenergie und CO_2-Technologien an der BTU in Cottbus.